

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – INTERNATIONALE AUSGABE

Samstag, 21. Dezember 2019 · Nr. 297 · 240. Jg.

gegründet 1780

www.nzz.ch · €3.20 · £2.80

Die Politik braucht Spielverderber

Boris Johnson und Donald Trump halten eine unangenehme Wahrheit bereit. Die Wähler wollen heute Politiker mit Profil und Fokus auf ein Thema. Dafür nehmen sie Rüpelhaftigkeit und Regelverletzungen in Kauf. Deutschland bietet einen Gegenentwurf: Stagnation und eine Politik, die sich in Details verzettelt. Von Eric Gujer

Am Tag nach der britischen Unterhauswahl sah man es manchen Kommentatoren förmlich an, wie schwer es ihnen fiel, den Sieg von Boris Johnson zu akzeptieren. Sie erwähnten die Erschöpfung nach dreijährigem Brexit-Theater, die Schwäche des Labour-Chefs Jeremy Corbyn und die Eigenheiten des Mehrheitswahlrechts. Nur eines wollte ihnen partout nicht über die Lippen kommen: dass der bessere Kandidat gewonnen hatte.

Dies zuzugeben, bedeutet nicht, Johnsons Exzentritäten oder seine Winkelzüge am Rande des Anstands gutzuheissen. Es heisst nur, verstehen zu wollen, warum sich ein Mann durchgesetzt hat, der nach Ansicht des politischen und medialen Establishments als unwählbar galt. Die überzeugende Bestätigung des Premierministers im Amt gibt Hinweise für die amerikanische Präsidentenwahl oder die Bundestagswahl im Jahr darauf.

Agent der Veränderung

Johnson gewann, weil er sich gegenüber den grauen Vertretern des Status quo als zupackender Agent der Veränderung präsentierte – und zwar in einem Moment, in dem der Status quo in den Augen der meisten Wähler nicht länger tragbar war. Weder Labour noch die moderaten Tories fanden einen Ausweg aus dem Labyrinth, in das sich das britische Volk mit seinem Votum für den Brexit begeben hatte. Johnson ist ein «game changer»; er zeigt, was Disruption in der Politik bedeutet. Er ist ein Spielverderber und fegt die bisherigen Figuren vom Feld. Ja er spielt sogar ein ganz anderes Spiel. Das bringt Unruhe, eröffnet aber auch neue Möglichkeiten.

Mit ihren wohltemperierten, aber auch sehr konventionellen Manövern hatte sich Theresa May im Kreis gedreht. Endlose Verhandlungen in Brüssel und absurde Abstimmungen im Unterhaus: Alle sahen, dass sich ein Jahrhundertereignis wie der Brexit nicht mit den üblichen Methoden bewältigen lässt. Unkonventionelle Zeiten erfordern unkonventionelle Mittel und Führungspersönlich-

keiten, die nicht einfach die kalte Logik des Sachzwangs predigen.

Genau dies aber ist das Problem der Classe politique in der westlichen Welt. Die Menschen spüren, dass sie in einer Umbruchzeit leben, in der sich alte Gewissheiten wie die amerikanisch-europäische Dominanz ihrem Ende entgegenneigen. Der chinesische Drang nach Hegemonie, der Wandel der Arbeitswelt durch Digitalisierung und Globalisierung oder der Klimawandel werden als Zäsur wahrgenommen, als ein Angelpunkt der Geschichte, der alles umzustürzen droht.

Die Politiker aber versichern ihren Wählern unverdrossen, dass sich alle Probleme mit Routine und bewährter Verwaltung lösen liessen, dass sich die Maschinerie nur in ihrem bisherigen Trott weiterdrehen müsse, um zu guten Ergebnissen zu gelangen. Nicht nur beim Brexit ist offensichtlich, dass dies nicht stimmt.

Amerika fühlt sich seit einer Dekade durch China existenziell herausgefordert. Barack Obama rief deshalb den «Pivot to Asia» aus, die Ausrichtung aller amerikanischen Ressourcen auf diesen vibrierenden und vor Kraft strotzenden Kontinent. Dann aber belies es der Präsident bei den üblichen Massnahmen – ein bisschen Diplomatie, halbherzige Demonstrationen militärischer Stärke und etwas wirtschaftlicher Gegendruck.

Genützt hat es nichts. Erst das unkonventionelle bis rüpelhafte Auftreten Donald Trumps zwang das bewährte Rezept, mit dem jede Bürokratie kreative Energien zum Erliegen bringt: neue Steuern und Lenkungsabgaben sowie hochheilige Versprechungen, diesmal werde man die bisher stets verfehlten Ziele der CO₂-Reduktion erreichen. Jetzt reisst die Konferenz in Madrid den Schleier

Viele europäische Politiker bekundeten ihre Sympathie für die radikalen Forderungen jugendlicher Klimademonstranten. Darauf folgte jedoch das bewährte Rezept, mit dem jede Bürokratie kreative Energien zum Erliegen bringt: neue Steuern und Lenkungsabgaben sowie hochheilige Versprechungen, diesmal werde man die bisher stets verfehlten Ziele der CO₂-Reduktion erreichen. Jetzt reisst die Konferenz in Madrid den Schleier

von der nur mühsam kaschierten Blöße der globalen Klimapolitik. Selbst in Detailfragen herrschen fundamentale Meinungsunterschiede. Staaten in Südamerika und Asien widersetzen sich den Europäern und verlangsamen das Tempo bei der Bekämpfung der Erderwärmung.

Weder die mehrheitlich älteren Brexit-Befürworter noch die jungen Klimaaktivisten schenken den Protagonisten des Status quo Vertrauen. Die einen sahen, dass Mays Zickzackkurs die Blockade nicht auflösen konnte; die anderen ahnen, dass die Bremser in Asien und anderswo nicht klein begeben werden. Die einen wählen Johnson, die anderen die netten Grünen – denn einen «Klima-Johnson» gibt es nicht, vermutlich weil der Mehrheit die Erderwärmung dann doch nicht so wichtig ist. Aber alle stimmen für den, der ihnen glaubwürdig verspricht, über das für sie wichtigste Thema nicht nur zu reden, sondern es mit aller Kraft, notfalls auch mit rabiatischen Methoden anzugehen.

Vom Wert der Institutionen

Ob Klima, Globalisierung oder der Konflikt mit China: Die Wähler spüren instinktiv, dass die heutigen Probleme zu vielschichtig sind, um im Gleichschritt gelöst zu werden. Sie bevorzugen daher Politiker mit klarem Profil, die sich auf ein Thema konzentrieren, und das mit aller Konsequenz. Einen Gegenentwurf dazu verkörpert Labour. Die Partei vertritt einen dogmatischen Sozialismus und zugleich einen totalen Brexit-Opportunismus. Kein Fokus, keine Linie. Ähnlich die neuen SPD-Vorsitzenden: Deren Unterstützer trompeteten erst «Nikolaus ist Groko-Aus», dann machten ihre braven Anführer einen Rückzieher. Die Partei bleibt vorderhand in der grossen Koalition. Nun wissen alle, dass die deutschen Sozialdemokraten belien, aber nicht beissen und daher zu Recht auf das Niveau einer Klempartei herabsinken.

In Deutschland ist niemand in Sicht, der Profil und Fokus verspricht. Die traditionelle Konstellation mit zwei Volksparteien als Garanten stabiler

Mehrheiten ist offenkundig am Ende. Inzwischen sitzen sieben Parteien im Bundestag, und alle Koalitionen sind aus der Not geborene Zufallsbündnisse. Union wie SPD aber tun so, als liessen sich die gewohnten und, ja, bewährten Verhältnisse mit kleinen Retuschen aufrechterhalten. Vor allem fehlt es an Personal, das die Stagnation überwinden könnte. Da ist man in London schon weiter.


In den USA balgen sich diverse demokratische Bewerber um die Nomination ihrer Partei. Charisma, Führungsstärke, ein massentaugliches Thema und eine Idee, wie sich Trump anders als mit juristischen Feinheiten bezwingen liesse, sind jedoch nicht erkennbar.

Die Medien und die Konkurrenten richten ihre Kritik immer wieder auf Äusserlichkeiten, auf die schlechten Manieren von Trump und Johnson beispielsweise. Eine Mehrheit der Wähler scheint indes das Unflätige und Ungehobelte in Kauf zu nehmen, wenn für sie die Botschaft stimmt – rascher Brexit und «America first». Inhalt ist ihnen wichtiger als Dekoration. Bei den Bewahrern des Status quo wirkt es manchmal so, als verhalte es sich umgekehrt. Die alten Regeln scheinen wichtiger als neues Denken.

Das ist aber auch die Achillesferse der ungestümen Disruptoren. Keine Demokratie gedeiht auf Dauer ohne Regeln und stabile Institutionen. Ohne dieses Korsett des Mehrheitswillens droht der Terror der Masse. Vom Charisma zur Demagogie, von der Führung zum Führer ist es dann nur ein kleiner Schritt. In diesem Spannungsbogen bewegen sich Demokratien, wenn sie an Wendepunkten anlangen. Das war in den sechziger Jahren nicht anders, als die Studenten in Paris und Westberlin auf die Barrikaden gingen. Jürgen Habermas und dessen «herrschaftsfreien Diskurs» zitierend, brachen sie die Regeln und versuchten, die Institutionen zu stürzen. Auch damals genügte es nicht, verdrüsslich auf die schlechten Manieren von Daniel Cohn-Bendit und Rudi Dutschke hinzuweisen.

Jede Demokratie braucht eine äussere Form, aber eben zugleich Inhalte, welche die Politik in die Zukunft entwickeln.

ANZEIGE



HAPPY SPORT COLLECTION

Chopard

THE ARTISAN OF EMOTIONS - SINCE 1860

CHOPARD BOUTIQUE ZÜRICH
Bahnhofstrasse 40, +41 (0)44 215 30 30

Ein willkommener Erfolg für Airbnb

Das Unternehmen braucht laut EU-Gerichtshof keine Maklerlizenz

CHRISTOPH G. SCHMUTZ, BRÜSSEL

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) musste die Frage beantworten, ob Airbnb in Frankreich eine Lizenz als Immobilienmakler braucht. Das hatte der französische Tourismusverband Ahtop vor Gericht verlangt. Der EuGH entschied nun, dass das amerikanische Unternehmen ein reiner Vermittler ist und damit den zusätzlichen gesetzlichen Anforderungen in Frankreich nicht unterstellt werden darf.

Die französische Regierung signalisierte offenbar während des Prozesses, dass sie Airbnb gar nie diesem Gesetz unterstellen wollte. Andernfalls müsste sie, so der EuGH-Entscheid, die entsprechenden Vorschriften der EU-Kommission in Brüssel zur Genehmigung vorlegen und Gründe etwa der öffent-

lichen Sicherheit oder des Verbraucherschutzes geltend machen.

Für Airbnb ist es ein höchst willkommener Erfolg. Das privat gehaltene Unternehmen gilt als erfolgreich und erwirtschaftete 2017 laut dem Nachrichtendienst Bloomberg einen Umsatz von 2,6 Milliarden \$ und einen Gewinn von 93 Millionen \$. Nach einigem Hin und Her will die Firma laut einer Ankündigung von September 2019 nun doch an die Börse. Airbnb vermittelt 7 Millionen Unterkünfte unter anderem in 100 000 Städten. Seit der Gründung 2008 gab es eine halbe Milliarde Gästeankünfte.

Doch mit dem Erfolg nimmt auch die Kritik zu. Airbnb trocken den Wohnungsmarkt in Städten wie Paris aus und treibe die Preise in die Höhe. Pikant: Die Firma ging jüngst eine umstrittene Allianz mit dem Internationa-

len Olympischen Komitee ein. Sie gilt bis zu den Sommerspielen 2028 in Los Angeles. Ferner gibt es auch andernorts Kontroversen über Tourismusabgaben und Belästigungen von Nachbarn. Um die Probleme in den Griff zu bekommen, hat Airbnb über 400 Abkommen mit lokalen und nationalen Regierungen und Organisationen geschlossen.

Airbnb teilte mit, man begrüsse das Urteil und wolle weiterhin mit den Städten zusammenarbeiten und unterstütze die Gastgeber dabei, die lokalen Regeln zu befolgen und Steuern zu bezahlen. Ahtop schreibt in einer Reaktion, dass das lange erwartete Urteil einen Blankocheck für Airbnb darstelle. Der Verband fordert die französische Regierung auf, sich für eine Änderung der «archaischen» EU-Vorschriften einzusetzen.

Reflexe, Seite 8